

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Abend-Ausgabe bei gleichzeitiger Publikation
für 200 monatlich RM. 2.20, durch Postbezugs
RM. 2.30 einzahl. 48,48 RpL. Postgeb. (ohne
Verkaufsstellengebühren) bei Lebenszeit höchstent-
wärtlichen Verleih. Einzel-Nr. 10 RpL.; außerhalb
Dresdens Verkauf nur mit Vorkaufsgabe

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. I., Marien-
straße 38/32, Fernruf 25291. Postfachkonto 1068 Dresden
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der
Amtshauptmannschaft Dresden und des Stadtschreibers beim
Oberverwaltungsamt Dresden

Abend-Ausgabe Nr. 7: 10.000 Exemplare
(20 mm breit) 11,5 RpL. Nachdruck nach Gesetz Nr. 1
Hansischen Reiches u. Ständische Reichs-
gesetzliche 6 RpL. Abdruck 20 RpL. — Nachdruck
nur mit Genehmigung Dresdner Nachrichten.
Unvollständige Exemplare werden nicht aufbewahrt

13 Sudetendeutsche am Dienstag ermordet

Sudetendeutsche Bezirke ohne Telefonverbindung

Eger, 14. September.

Nach den bisherigen Feststellungen der Sudetendeutschen Partei sind im sudetendeutschen Gebiet am Dienstag insgesamt 13 Sudetendeutsche, darunter mehrere Ordner, bei den Terrorüberfällen durch Staatspolizei, Jozk- und Finanzwachen und durch Kommunisten ermordet worden. Auf tschechischer Seite sind bisher 4 Tote zu verzeichnen, von denen ein Polizeibeamter und ein Gendarm in der Gegend von Schwaderbach durch verirrte eigene Kugeln getötet worden sind.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Zahl sich noch erhöht, da mit einer großen Reihe sudetendeutscher Bezirke keinerlei

telefonische Verbindung mehr besteht und daher eine genaue Nachprüfung einer Reihe von Terrorfällen noch nicht möglich war.

Kabinettsitzung in London

London, 14. September.

Das britische Kabinett trat, wie vorgeesehen, um 11 Uhr zu einer Besprechung der europäischen Lage zusammen.

Neuter berichtet aus Prag, daß Ashton-Swatken heute morgen in Wien eingetroffen sei, wo er die sudetendeutschen Führer aufsuchen wird.

Selbstbestimmungsrecht

Die Lage ist weiterhin ernst. Die Prager Regierung hat es abgelehnt, die von den Sudeten geforderten Voraussetzungen zur Wiederherstellung normaler Zustände im Sudetenland zu schaffen. Prag übernimmt damit die alleinige Verantwortung für die weitere Entwicklung des Konfliktes. Die Sudetendeutschen haben 20 Jahre lang bewiesen, daß ihre Geduld und Disziplin einzigartig ist. Wenn aber die tschechischen Machthaber eine entsetzliche Soldateska auf friedliche Zivilisten, auf Frauen und Kinder loslassen, dann ist die Grenze der Selbstbeherrschung erreicht. Die Mordmorde an deutschen Volksgenossen häufen sich. Überall, wo die tschechische Soldateska wütet, gibt es Tote und Verwundete. Jeder ermordete Sudetendeutsche ist als Märtyrer für die Sache des deutschen Volkes gefallen, und es ist selbstverständlich, daß wir Deutschen im Reich diese Mordtaten als dem gesamten Deutschland zugesagt empfinden.

Prag hat mit der Verhängung des Ständerechtes vor aller Welt bewiesen, daß ihm an einer friedlichen Beilegung der Gegensätze nichts liegt. Wenn die Tschechen bei einer derart gespannten Lage wie der gegenwärtigen noch Delinzen treiben, so kann man daraus nur den Schluß ziehen, daß sie einen internationalen Konflikt geradezu heraufzuredern wollen. Sie glauben, auf die Unterstützung ihrer demokratischen und bolschewistischen Freunde auf alle Fälle rechnen zu können. Es ist in diesem Zusammenhang zu bemerken, daß man sich sowohl in England als auch in Frankreich über die möglichen Folgen der tschechischen Katastrophepolitik immer mehr klar zu werden scheint. Es mehren sich die Stimmen, daß dem Prager Babanauer sei Einhalt geboten werden muß, da die Möglichkeit einer friedlichen Lösung durchaus weiter besteht.

Der „Times“-Vorschlag, die sudetendeutsche Frage durch die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu entscheiden, gewinnt deshalb mehr und mehr an Bedeutung. Die Ereignisse der letzten Tage haben gezeigt, daß an ein Nebeneinanderleben von Deutschen und Tschechen in der bisherigen Weise nicht zu denken ist. Solche Maßnahmen würden nur immer neue Unruheherde schaffen. Es kommt auf eine allgemeine und endgültige Lösung an, und diese kann nur in der Zuerkennung des Selbstbestimmungsrechtes liegen. Von den Westmächten wird es abhängen, ob diese Lösung gefunden wird oder nicht. Neben England noch Frankreich haben im sudetendeutschen Raum lebenswichtige Interessen zu verteidigen, die einen Krieg rechtfertigen könnten. Deutschland seinerseits hat keine imperialistischen oder vangermanischen Absichten gegenüber dem tschechischen Lebensraum, der von dem sudetendeutschen klar abgegrenzt ist. Wir fordern für unsere dreieinhalb Millionen Volksgenossen nichts anderes als die Anwendung eines Rechtes, für das vor 20 Jahren die halbe Welt gekämpft hat; die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes.

Erste Fahrt des neuen Luftschiffs „Graf Zeppelin“

Unter Führung von Dr. Eckener - 74 Passagiere auf der ersten Versuchsfahrt

Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten

Friedrichshafen, 14. September.

Das neue Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute vormittag unter Führung Dr. Eckeners zu seiner ersten Fahrt über dem Bodenseegebiet gestartet. An der Spitze, die einzelne Einheiten bilden, wurden 74 Personen teil, darunter außer der Bekanntheit Mikalieber der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt und des Luftfahrtministeriums.

Am Mittwoch früh um 7.15 Uhr fand die Taufe des neuen Luftschiffes LZ 130 statt. Es erhielt den Namen „Graf Zeppelin“. Dazu hatten sich in der Halle neben der Besatzung ein kleiner Kreis geladener Gäste, darunter Graf von Helldorf, Graf Zeppelin und der Luftschiffreferent im Luftfahrtministerium Oberst Reichaupt, eingefunden. Dr. Eckener hielt eine kurze Ansprache. Er sei zitiert, jedem Luftschiff, bevor es aufsteige, einen Namen zu geben. Ein altes Sprichwort lautet: „Nomen est omen“.

Deshalb soll das neue Luftschiff im Jahre des 100. Geburtsjahres des Grafen Zeppelin dessen Namen erhalten als Ersatz für das alte Luftschiff „Graf Zeppelin“, das sich so glänzend bewährt habe.

Während dann die Hülle stiel, die den Namen „Graf Zeppelin“ verdeckte, taufte Dr. Eckener das Luftschiff mit kühler Lust als dem Element, in dem der Lufttrieb sich bewegt. Nachdem sodann die Befragung von 33 Mann von der Welt sich an Bord begeben hatte, wurde das Luftschiff 7.40 Uhr zum Start hinausgeschoben. 7.52 Uhr fielen die Ballasttüre und langsam stieg das Schiff unter dem Beifall der Anwesenden empor. Es nahm Richtung gegen Westen, wo es alsbald im Morgendunst verschwand. An Bord befinden sich Dr. Eckener, der die Führung des Luftschiffes übernommen hat, ferner Chefkonstrukteur Dr. Dürr sowie 72 Mann. Die erste Weltstättentfahrt wird voraussichtlich acht Stunden dauern. Die Landung erfolgt auf dem Flugplatz in Löwenthal.

Wie weit ist Frankreich Prag verpflichtet?

Pariser Pressestimmen für und wider Volksabstimmung - Daladier mahnt Prag

Paris, 14. September.

Eine Erklärung, die der Ministerpräsident Daladier beim Verlassen des Kriegsministeriums Pressevertretern gegenüber abgegeben hat, wonach die Dinge sich zu arrangieren schienen, bildeten den Schlüsselpunkt der in der französischen Presse verbreiteten Nachrichten. Der radikalisierte „Republique“ zufolge hat Daladier übrigens hinzugefügt, daß er an die Tschechen einen Appell zur Mäßigung gerichtet habe, der, wie er hoffe, befolgt werden würde.

Sehr ausführlich berichten die Blätter hingegen über die blutigen Zwischenfälle in der Tschecho-Slowakei. „L'Ordre“ fordert, so schnell als möglich eine internationale Polizei in den sudetendeutschen Gebieten an Stelle der tschechischen einzusetzen. Das Blatt schreibt, in Berlin herrsche vollkommene Ruhe. In solch einem Augenblick sei die Kaltblütigkeit mehr denn je nötig. Man dürfe auch nicht an der Aufrichtigkeit der Friedenswünsche zweifeln. Man habe übrigens nicht das Recht, überrascht zu sein. Der Angriff auf die Regelung von 1919 spiele sich seit drei Jahren in gerader Linie unnahezu ab.

„Matin“ hebt hervor, die Sudetendeutschen forderten eine Volksabstimmung; diese Tatsache beherrsche seit gestern Abend alle übrigen. Das Blatt erklärt in diesem Zusammenhang, falls Frankreich den Frieden retten wolle, so könne es sich ihr nicht widersetzen, auch nicht, wenn es seinen ewigen Prinzipien treu bleiben wolle. Es handele sich nämlich darum, daß Tschechen und Sudetendeutsche an einem Punkte angelangt seien, wo es menschlich fast unmöglich sei, sie zusammenleben zu lassen. Das sei nicht das erstmal in der Geschichte zweier Völker verschiedener Rasse, Sprache und Kultur. Die Geschichte zeige, wie es in Mazedonien und Palästina sei. Unter allen Umständen werde Frankreich für eine innere Angelegenheit eines anderen Landes keinen Krieg führen. Juristisch zwingt keine Verpflichtung Frankreich dazu, und das französisch-tschechische Abkommen vom Jahre 1924, das man so häufig zitiert, laute in seinem ersten Artikel:

Die französische und die tschecho-slowakische Regierung verpflichten sich, sich in den Fragen der Außenpolitik zu einigen, die geeignet sein könnten, ihre Sicherheit zu gefährden.

Das aber schließt die innerpolitischen Fragen aus. Traditionsmäßig könne Frankreich eines seiner geschichtlichen Prinzipien nicht verleugnen, nämlich das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Dieses Prinzip habe Frankreich für das Saargebiet angenommen. Für dieses Prinzip habe Frankreich häufig sein Blut vergossen. Es werde aber nicht einen Tropfen für ein Prinzip des Völkerechts vergießen.

Die oppositionelle politische-literarische Wochenchrift „L'Esprit“ will zu dem letzten Ministeramt berichten können, daß Außenminister Bonnet hinsichtlich „der äusseren Hypothese des äusseren Falles“ die Notwendigkeit betont habe, daß Frankreich gegebenenfalls erst alle juristischen Vorkehrungen ergreife. Dieser Hinweis hätte gewisse Minister wieder zur Ruhe gebracht, die bereit gewesen seien, Brandstifter zu spielen, insbesondere Mandel.



Ein Bild von den jüngsten Zwischenfällen in Eger, bei denen mehrere Sudetendeutsche schwer verletzt wurden. Man erkennt den Senator Frank, der seinen Abgeordneten-Ausweis hochhebt. Daneben ein tschechischer Polizist mit erhobenem Gummiknüppel.

Ausn. Presse-Hoffmann

Sejm und Senat durch Sondererlass aufgelöst

Ueberraschende Verfügung des polnischen Staatspräsidenten - Ministerrat zusammengetreten

Warschau, 13. September.

Der polnische Staatspräsident hat durch Sondererlass die Auflösung des Sejms und Senats, also der beiden Kammern des polnischen Parlamentes, verfügt.

In dem Erlass heißt es zur Begründung dieses Schrittes, der die Öffentlichkeit völlig überrascht, u. a.: Seit den letzten Parlamentswahlen (die im Herbst 1935 stattgefunden haben) hätten sich im innerpolitischen Leben Polens so wichtige Veränderungen vollzogen, und in den breiten Massen der Bevölkerung habe sich das Verständnis für die Notwendigkeit aktiver Mitarbeit am Staat so entwickelt, daß eine Neuwahl im nächsten Herbst nicht mehr in der Weise stattfinden könnte, die im Interesse der Nation geboten erscheine, damit die im Volk vorhandenen Strömungen vollkommener in ihnen zum Ausdruck gelangen. Von den neuen gegebenden Kammeren werde eine Stellungnahme zu der Frage der Wahlordnung erwartet. Aus diesem Grunde werden Sejm und Senat mit dem heutigen Tage aufgelöst.

Unmittelbar nach der erfolgten Auflösung des Parlamentes ist der Ministerrat unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten, General Sikorski, zusammengetreten, um zu der neuen Lage Stellung zu nehmen.

Im Sinne der Bestimmungen der polnischen Staatsverfassung müssen Neuwahlen spätestens 30 Tage nach der

erfolgten Auflösung des Parlamentes ausgeschrieben werden. Die Neuwahlen selbst müssen spätestens 18 Tage nach der Ausfertigung der Wahlen stattfinden. Die Wahlordnung des polnischen Staatspräsidenten wird von einschneidender Bedeutung für die Weiterentwicklung der polnischen Innenpolitik sein. Bekanntlich sind gerade die Auflösung des Parlamentes und die Ausgrenzung von Neuwahlen nach einer neuen Wahlordnung die beiden Hauptforderungen der in der Opposition stehenden Parteien.

Polnische Wahlen am 6. und 13. November

Warschau, 14. September.

Der Staatspräsident hat angedeutet, daß die Neuwahlen für den Sejm am 6. und für den Senat am 13. November stattfinden.

Einen ersten Wahlausruf hat der Chef des Lager der nationalen Einigkeit, General Sikorski, erlassen. Polen brauche Ordnung und Ruhe, Einheit und eine Zusammenfassung seiner Kräfte. Dies gelte die Stunde und das Vermächtnis Marischall Pilsudski. Alle Polen werden zur Mitarbeit aufgefordert, die ihre Kräfte in den Dienst des Staates stellen sollen, wenn sie den verderblichen Umtrieben der Kommune, der Anarchie und der Destruktion und allen anderen fremden Einflüssen entgegenzutreten wollen.

Brags Zensur knebelt wahre Berichterstattung

Nur „amtliche Wortlaut“ - Die Polizei gibt die Anweisungen

Wien, 14. September.

Die „Köcher Zeitung“ vom 13. September 1938, die in ihrem Kopf den Vermerk „Nach der Beschlagsnahme zweite Auflage“ trägt, bringt unter der Überschrift „Die Völk der Zwischenfälle“ u. a. folgende interessante Beschlusse:

„Die gesamte sudetendeutsche Presse, auch die „Köcher Zeitung“, erhielt gestern eine polizeiliche Anweisung, daß Berichte über Zwischenfälle nicht in auffälliger Weise, nicht an erster Stelle und nur in amtlichem Wortlaut verarbeitbar werden dürfen.

Es hat daher keinen Zweck, über alle Zwischenfälle ausführlich und auf Grund der uns vorliegenden Augenzwangsberichte zu berichten, da das Ergebnis ja doch nur weiche Nieten wären. Wir müssen uns daher mit der zahlenmäßigen

Aufzählung der uns zum Teil durch amtliche Berichte bekannt gewordenen Zwischenfälle begnügen.“

Die vorläufige letzte Folge der sudetendeutschen Zeitung „Die Zeit“ veröffentlicht folgende Mitteilung an ihre Leser:

„Angehts der abermals verstärkten Zensuranweisung, die eine wahrheitsgemäße Berichterstattung über die Entwicklung der innerpolitischen Lage vollständig unterbindet, wird „Die Zeit“ ihr Erscheinen vorübergehend einstellen. Für diese Pause verweisen wir unsere Leser als Nachrichtenquelle auf den Rundfunk.“

Einen ähnlichen Entschluß veröffentlicht die übrigen in Prag erscheinenden Organe der Sudetendeutschen Partei, die „Mundschau“ und die „Sudetendeutschen Pressebriefe“.

Präsident Roosevelt stoppt die Presseheke

Neuport, 14. September.

Das, was in Nürnberg Reichspressechef Dr. Dietrich über die Gefahren der Presseheke sagte, hat in diesen Tagen durch keinen anderen als den Präsidenten Roosevelt selbst seine Bekräftigung erfahren. Noch ist und die seltsame Rede des amerikanischen Oberhauptes in Kingston in Kanada im Gedächtnis, wo er von einer Ausdehnung der Monroe-Doktrin auf Kanada sprach und eine aktive Entmischung Amerikas in europäische Angelegenheiten den westeuropäischen Demokratien zusagte. Die jüdisch-amerikanische Presse hat mit breitem Getöse ihre Kommentare zu dieser Kingston-Rede Roosevelts geschrieben und ihrem Daz gegen die autoritären Staaten ausgiebige Luft gemacht. Um so erstaunter werden ihre Vertreter auf einer der letzten Pressekonferenzen im Weißen Haus in Washington von den Stenogrammbüchern aufgeschaut haben, als ihr sonst so entgegenkommender Präsident die Worte sprach: das Verhalten der amerikanischen Presse sei damals „sehr schlecht“ gewesen. „Die Vereinigten Staaten in eine englisch-französische Front gegen Hitler einzuschließen, ist eine hundertprozentig falsche Deutung der politischen Chroniken.“ Das Aufsehen, das diese Worte namentlich in Frankreich und der französischen Presse hervorgerufen haben, ist beträchtlich. Man weiß, daß Roosevelt seine zweite Wahl, die einen so glänzenden und überzeugenden Erfolg für ihn bedeutete, gegen den größten Teil der amerikanischen Presse hat durchsetzen können. Es ist darum von der europäischen demokratischen Presse nicht ungeschicklich kombiniert, wenn sie die Reue Roosevelts im Zusammenhang mit den gegenwärtigen Vorbereitungen auf den Wahlkampf behandelt. In Amerika ist Presse, Rundfunk und Film zum überwiegenden Teil in jüdischen Händen. Roosevelts hätte bisher die Taktik versucht,

den Publikationsmitteln entgegenzukommen und ihrer Anzweiflung auf die rasenbenutzen autoritären Staaten Stoff zu geben, weil er im Hinblick auf eine dritte Wahl dies innerpolitisch für nützlich hielt. Die Tatsache ist also zu verbuchen, daß die verantwortungslosere Sensationspresse und Hebe der amerikanischen Presse durch den Präsidenten selbst unmith-verständlich in die Schranken gewiesen worden ist.

„Daily Express“ stellt die Dinge auf den Kopf

London, 14. September.

Die Londoner Blätter berichten sehr ausführlich über die gestrigen Zwischenfälle im sudetendeutschen Gebiet, wobei sie sich meist deutsch und tschechischer Agenturmeldungen sowie auch eigener Berichte bedienen. An der Art der Aufmachung der Meldungen steht man jedoch deutlich, für welche Partei die Zeitungen eingestellt sind. So steht im „Daily Express“ nicht, einen Sonderkorrespondenten aus Prag kommen zu lassen, der die Dinge einfach auf den Kopf stellt, indem er von dem „Verlust der Entfestigung einer Deutschen-Revolution“ islet, ohne auch nur mit einem Wort die brutale tschechische Gewalttaten zu erwähnen.

Weiter meldet heute morgen aus Paris u. a., in der französischen Hauptstadt gebe es zwei Meinungen im Hinblick auf die Richtung, die der Trup von Paris und London nehmen werde. Eritens glaube man, daß Großbritannien und Frankreich zur Rettung des Friedens Prag beschuldigen würden, ein Plebiszit anzunehmen; andererseits, daß die westlichen Mächte alle in ihrer Kraft liegenden Mittel anwenden würden, um die Sudetendeutschen zur Weiterführung der Verhandlungen zu bewegen.

Audienz Chamberlains beim König

London, 14. September.

Die amtlich bekanntgegeben wird, feiert der König heute abend aus Balmoral nach London zurück. Man erwartet, daß der König bereits am Donnerstagsvormittag den Premierminister in Audienz empfangen wird.

Frankreich sichert seine Rüstungswirtschaft

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 14. September.

Der mehrstündige Ministerrat unter Vorsitz des Präsidenten Vedrun in Paris galt nach einer oftlaßigen Redart einer Besprechung der außenpolitischen Lage und der Vorbereitung wirtschaftspolitischer „Sicherheitsmaßnahmen“. Wie es heißt, hatte der Ministerrat einer Verordnung zugestimmt, nach der die Grenzen Frankreichs für die Ausfuhr sämtlicher rüstungspolitisch bedeutsamer Stoffe gesperrt werden. Die Sperrung ist bereits heute vormittag in Kraft getreten, und von ihr werden insbesondere Stoffe wie Eisen, Eisenstahl, Stahl, Düfte, Wolle, Baumwolle, Seide, Feilen, Aute, Guss, Stahl, Kohlenstaub und Leder erfasst. Auch sind alle schon erteilten Ausfuhrbewilligungen aufgehoben worden. Im übrigen wurde in einem Kommuniqué mitgeteilt, daß Daladier und Bonnet in der heutigen Sitzung des Ministerrates ihre Eindrücke von der außenpolitischen Gesamtlage und die Bedingungen darlegten hätten, unter denen die französische Regierung ihre vormaligen Bemühungen um die Aufrechterhaltung des Friedens fortsetzen möchte, wobei sie die einmütige Zustimmung aller Rabinetmitglieder erhalten hätte.

Der Minister für nationale Wirtschaft, Patenot, sagte in einigen Bemerkungen an persönliche Bekannte noch folgendes wortlich: „Es ist jetzt alles vorbereitet. Im Gegensatz zu 1914, wo Maßnahmen, wie die Ausfuhr von Rüstungsgegenständen, die Einschränkung des Gold- und Warenausfuhrs improvisiert werden mußten, hat die Regierung jetzt alles getan, was als Vorbereitung getan werden konnte. Alle diese Maßnahmen würden automatisch in Wirksamkeit treten.“

Heile Aufregung in Genf

Drahtmeldung der „Dresdner Nachrichten“

Genf, 14. September.

Selbst die zur Schau getragene „diplomatische Gemessenheit“ der Genfer Stammgäste vermag die Aufregung, in der man sich hier weiterhin befindet, nicht zu verbürgen. Es wurde schon von einer Verschiebung der Vaa-Tagung gesprochen, doch will vor allem die Sowjetabordnung weiter in Genf bleiben und „arbeiten“. Generalsekretär Kewol bemüht sich, die Außenminister Frankreichs und Englands nach Genf zu locken, weil er befürchtet, daß sonst die augenblicklich hier weilenden Vertreter anderer Mitgliedsstaaten nicht abgerufen werden, wieder abzureisen.

Die Rede des Führers hat manchen recht nachdenklich gemacht. Letztendlich soll auch Hinkelstein sie mitgehört haben. Am gestrigen Abend hatte der Sowjetabordnungskommissar ein längeres Telefongespräch mit Moskwa. Es soll Stalin gewesen sein, der ihn an den Komarat rufen ließ. Aus einigen Andeutungen, die von Mitarbeitern der Sowjetabordnung in Genf gemacht wurden, ergibt sich, daß neue Nachrichten über die inneren Schwierigkeiten der Sowjetunion Unruhe hervorgerufen, so z. B. die Mitteilung über Kuffande in der Ukraine und in Sibirien, wo die Bauern sich weigern, ihr Getreide abzuliefern und die Jugend nicht zur Roten Armee gehen will. Stalin wollte sich offenbar von Hinkelstein persönlich über die Stimmung in der Genfer Liga nach der Führer-Rede informieren lassen. Man vermutet, daß er ihm nachlegte, keine weitere Verschärfung der europäischen Lage auszulassen, solange die SWL der inneren Schwierigkeiten nicht Herr geworden sei. Die Instruktionen, die Hinkelstein zunächst mit nach Genf nahm, hätten gerade das Gegenteil besagt.

Sowjetpion in London verhaftet

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 14. September.

In den letzten Tagen hat vor dem Polizeirichter in London ein Prozeß gegen den Spionagenagenten Robinson Walker stattgefunden, der wieder nützliche Einblicke in die Aufgaben sowjetischer Doppelmissionen vermittelt hat. Walker hatte sich an einen Angestellten der Widervarmitrag-Werke herangemacht, um ihn zu verlocken. Zeichnungen von militärischen Konstruktionsplänen zum Photographieren zu überlassen. In dem zur Anzeige stehenden Fall handelt es sich um die Zeichnungen für einen Granatwerfer der englischen Infanterie, für die dem Angestellten die minimale Summe von einem Pfund geboten wurde. Als er verhaftet wurde, trug er eine kompromittierende Korrespondenz mit der sowjetrussischen Handelsdelegation in London bei sich, die über die Hintergründe seiner Tätigkeit kaum noch einen Zweifel walten läßt.

Nationaler Durchbruch an der Ebro-Front

Salamanca, 14. September.

Nach intensiver Vorbereitung durch Artillerie und Flugzeuge brachen die nationalen Truppen an der Ebro-Front im Abschnitt Alarcón 20 Kilometer nördlich von Vandesa unter dem Einsatz von Tanks durch die feindliche Front durch. Der Feind erlitt erhebliche Verluste.

Im Luftkampf wurden zwei feindliche Jagdflugzeuge abgeschossen. Am 11. September bewarnt nationale Bomber die militärischen Stützpunkte von Alarcón und in Nacht zum 12. September den Flughafen Prat de La Breca. Dabei wurde ein Benzinflager getroffen und in Brand gesetzt; auch einige Flugzeughallen wurden zerstört. Weitere Bombenangriffe galten den wichtigsten Truppenplätzen der Bolschewiken in San Baudilla und Villanueva de Campa.

Ausbau allen Eisens angeordnet

Berlin, 14. September.

Die Aktion zur Schrotteilmünung aus entschlossenem Eisen wird auf Wunsch des Bauinspektors für den Reichsbahnplan durch einen Erlass des Generalinspektors für das deutsche Straßenwesen fortgesetzt. Darin wird der Ausbau allen Eisens angeordnet, das im Bereich des Straßenwesens durch andere Werkstoffe, in der Regel Holz oder Stein, ersetzt werden kann. Es handelt sich vornehmlich um eiserne Seitengeländer, um Wägen, Pfosten für Schilder und Verkehrsschilder usw. Wenn der Ausbau größerer Brücken geländer erwogen wird, oder der Ausbau sonstiger Anlagen aus Eisen, ist ein Baunetz oder seine Umasiedung architektonisch wesentlich beeinflusst, so ist zuvor zu berichten. Im übrigen sind die ausgebauten Elemente restlos dem Schrotteilmittel zur nachweislichen Wiederverwertung zu anteleiten. Am Wege der Nachrüstung ordnet der Generalinspektor an, daß diese Regelung Anstandslos, neben den Reichsbahnen, auch für das auf den Landstraßen erster und zweiter Ordnung vorhandene Eisen angewendet wird.

Rackow bei höherer Schulbildung wie bei Berufsqualifikation. Pröp. Willy Brandt, 13. September 1938. Roma Marie L. Oberer. Ad. Rackow u. Sigl. Anstaltsleiter Dr. Fritz Rackow.



Willkür herrscht über dreieinhalb Millionen Deutsche

Die spontanen Kundgebungen des Sudetendeutstums nach der großen Rede des Führers sind von den Tschechen mit unerhörtem Mordterror und neuen Zwangsmaßnahmen beantwortet worden. Ueber acht sudetendeutsche Bezirke ist das Standrecht verhängt, sie sind damit jeder Willkür ausgeliefert. Dreieinhalb Millionen Deutsche leiden heute unter den Anrechtungsmaßnahmen des tschechoslowakischen Staatesgebildes. — Inzwischen ist das Standrecht auf die Bezirke Tachau und Bischofsstein im Böhmerwald erweitert worden.

Aktien weiter nachgebend

Berliner Börse vom 14. September

Zu Beginn der Börse war überwiegend ruhiger Charakter vorhanden, das aber nur zum allerersten Teil von Seiten der Bankaktien kam. Weit mehr es der befristete Handel, der angesichts des Wieders der sogenannten zweiten Hand zu Wertschwankungen schritt.

Am Rentenmarkt sind als stärker gedrückt zu erwähnen: Bundes- und Reich mit je - 2,75%, Rüdiger, Ver. Stahlwerke mit je - 2,25%. Bei den Braunkohlenaktien gaben Rhein-Braun 2,75%, Oberlausitzer und Deutsche Erdöl je 2%, von den Kalkalkalien Kali Chemie um 2,5% und Winterhald um 2% auf 144 nach. Im übrigen sind mit auffälligeren Rückgängen, bei denen weit nur ein Angebot von wenigen tausend Aktien vorlag, zu nennen: Deutsche Metallwerke mit - 3,75%, Metallgesellschaft mit - 3,5%, Deutsche Waffen, Daimler, Maschinenbau und AG für Verkehr mit je - etwa 3%. Die größte Einbuße hatten ebenfalls auf ein Angebot von nur 6000 Aktien Holzmann mit - 4,75%. Weiter lagen RWE mit + 0,625% und im allgemeinen Breitenverkehr über dem Ziel mit + 0,5%.

Am variablen Rentenmarkt gaben Reichsschatzbrief um 0,25% auf 128,5, die Gemeindefinanzungsanleihe um 17,5% auf 94,125 nach.

Berliner Schluss- und Nachbörse

Im Verlauf waren die Kurse an den Aktienmärkten erneut überwiegend um 0,25 bis 1% rückläufig. Conti-Gummis verloren 2%, Licht und Kraft 3 und Rütgers 2,87%. Andererseits konnten sich Farben um 0,12% auf 141,12 erhöhen. Holzmann waren um 0,25 und Deutsche Erdöl um 1% gebessert.

Am Rentenmarkt war die Unternehmungslust gering. Andererseits kam aber auch nur wenig Material heraus. Liquidationsplandbriefe verkehrten in unruhiger und zum Teil etwas freundlicherer Haltung. In Anleiheplandbriefen und Kommunalschuldscheinen entwickelte sich kaum Geschäft. Stadtanleihen verschiedentlich etwas

feher, 1926er und 1928er Dresden gewannen 0,25%. Reichsanleihen waren behauptet. Industriobligationen zeigten überwiegend nur Schwäche. Rütgers büßten 1,25, Farben 1% ein. Krupp-Treibstoff zogen hingegen um 0,25% an.

Zum Schluss ergaben sich für eine ganze Reihe von Papieren bei ruhiger Grundstimmung Erholungen von 0,25 bis 0,75% gegenüber dem Verlaufsstande. Rheinmetall Vorka schloß mit 122 (+1%), Feldmühle mit 137 (+1%), Schmalz mit 96 (+1%) und Farben mit 144,5, nachdem zeitweise ein Kurs von 144,875 notiert worden war. Reichsschatzbrief beendete den Börsentag mit 128,575. Nachdrücklich blieb es ruhig.

Am Einheitsmarkt zeigten Banken sowie Sparkassenbanken bei Schwäche. Stärker rückläufig waren Liebermann und Hamburger Sparkasse mit je - 1% sowie Deutsche Sparkassen mit - 1,5%. Von Kolonialpapieren wurden Kameruner 3,5 und Schantung 1,5% niedriger bewertet. Bei den Einheitsaktien handelten Industriepapiere, sah man zum Teil Einbußen von 3% bis 6%.

Kurze von Steuerguldscheinen und Gemeindefinanzungsanleihe

Berlin, 14. September. Steuerguldscheine. Käuflichkeiten: 1934 - 1935 - 1936 - 1937 - 1938 110,75, neu 82,5. Durchlaufanleihe für Gruppe I 111,75. - 4% Gemeindefinanzungsanleihe 94,75 bis 94,5.

Am Markt der unnotierten Werte

war die Tendenz schwächer. Es notierten: Bank für Landwirtschaft 95,25 bis 96,75, Deutsche Goldmünze 111,82 bis 113,37, Haber Weichheit 129,25 bis 125,25, Nord Motor 79,25 bis 76,75, Karstadt 109,25 bis 104,75, Wittig & Genes 108,12 bis 107,87, Oberlicht, Eisenbahnen, 64,75 bis 68,25, Schickelmondt 101,25 bis 108, Zettlauer Oberwerke 134 bis 138, Hfa-Aktien 70,75 bis 72,75, Norddeutscher 98,25 bis 79,25, 6,5% Hfa-Bonds abgeh. 100,25 bis 101,25.

Mitteldeutsche Börse Leipzig vom 14. September

Die Börse verkehrte in schwacher Haltung. Die Kurserholungen gingen wiederholt über 8% hinaus.

Von Montanaktien hatten Vereinigte Stahl bei - 3,25% größeres Geschäft. Von Chemikalien verloren 30 Farben und Deben je 2%. Bei Banken war die Umsatztätigkeit gering. Berliner Handelsgesellschaft und Braubank büßten je 1%, Sachsenboden 1,25%, Reichsbank 2,75% ein. Von Maschinen- und Metallindustriellen hatten Dresdner Schneidpressen einen Verlust von 2,75%, Hiltewerke und Schubert & Salzer je 3% zu verzeichnen. Union Hildebrand lagen bei größerem Umsatz 2% abgeschwächt. Rüdiger und Rüdigerberger Wertes wurden 3% niedriger angesetzt. Auf dem keramischen Markt bröckelten Beilag 1% ab. Unter Papiersfabrikanten büßten Vereinigte Papierwerke 2,25% ein. Unter Textilwerten verloren Mechanische Jütten 1,375%, Badländische Spinnerei 2%, Valencienne 2,5%, Rung Treibriemen und Leipzig Spinnerei je 3%. In Dresdner Gärtnerei wurden 5000 Aktien bei - 3,25% und 30%iger Zuteilung gehandelt. Planener Gärtnerei, die ebenfalls 3,25% einbüßen, wurden angeteilt und wickelten 7000 Aktien den Besitzer. Von Brauereieraktien büßten Reichenheller 1,75%, Hildebrand Export und Gorkan je 2% ein.

Am Rentenmarkt hatten Pfandbriefe bei unveränderten Kursen größeres Geschäft. Die Nachfrage nach Liquidationsplandbriefen konnte nicht voll befriedigt werden. Stadtanleihen hatten kleines Geschäft zu letzten Kursen. Lediglich die Jüttenur von 1929 verloren 0,5%. Unter Reichs- und Staatsanleihen gaben Schatzbriefe von 1937 0,75% und Reichsbrief bei größeren Umsätzen 0,95% nach.

Freiverkehrskurse vom 14. September

Deutsche Grammatikon 4, Dresdner Holzfabrik 46,5, Tüngerhandels-AG 100, Germania Reich 75,5, Berl. Waren-Einf.-Berein 108, Gartmann Maschinen 11,12, Oberlausitzer Zuckerfabrik 84, Paradiesbiererei Zittner 115, Peniger Holz 116,5, Otto Stempel 121,5, Weidner Jute 119, Br. Juidauer Maschinenfabrik 118.

Im Leipziger Verkehr vom 14. September wurden folgende Kurse genannt: Auto-Union 105, Deutsche Reichsbank 120, Carlwig & Vogel 111, Rundrad Nierichsdorf 78, Bayerische 180, Julius Köppler 73, Saag, Gustaf Döbeln 160.

Kalkulationspflicht und Handwerk

Die Kalkulationspflicht für Handwerker wird durch den Reichskommissar für Preisbildung teils u. a. mit:

Entgegen privater Mitteilungen, die in der letzten Zeit auch ihren Weg in die Presse gefunden haben, wird die Einführung der Kalkulationspflicht im Handwerk, insbesondere auch im Baugewerbe, zur Zeit nicht erwogen. Im Sinne erhöhter Wirtschaftlichkeit ist es allerdings sehr erwünscht, daß die Kalkulations- und Rechnungsweisen auch im Handwerk Fortschritte macht.

Eine solche Entwicklung steht jedoch eine umfangreiche Vorbereitung und Erziehung des Handwerkers voraus, die keineswegs durch Beschränkungen erreicht werden kann. Die Einführung der Kalkulationspflicht würde auch dem Erlass des Reichswirtschaftsministeriums vom 11. November 1936 widersprechen, mit dem ebenfalls die Erhöhung der Wirtschaftlichkeit im Handwerk angedacht wurde.

Erfolgreiche Realisationsreise nach Ungarn in Kadis

Die veranlaßt, haben die Pläne zur Realisation der Realisationsreise nach Ungarn jetzt bestimmtere Form angenommen. Die ungarische Regierung soll sich grundsätzlich entschlossen haben, in nicht allzulanger Zeit eine Delegation des Einigungsbeirats für Personenverkehr nach Ungarn zu entsenden.

Die weitgehenden Hoffnungen sind für die Realisation vorgelegen, während die Pläne für die größeren Wagen in etwas geringeren Ausmaßen gesteckt werden sollen. Diese Maßnahmen würden zweifellos an einer Reihe von Erhebungen des Kraftwagenbesitzes durch Erhebung neuer Kauferscheine beitragen. Andererseits würden sich auch der deutschen Kaufkraft bessere Möglichkeiten eröffnen.

Kursberichte vom 14. September 1938

Mitteldeutsche Börse zu Leipzig (Ohne Gewähr)				Berliner Börse (Ohne Gewähr)			
14. 9.	13. 9.	12. 9.	11. 9.	14. 9.	13. 9.	12. 9.	11. 9.
Festverzinsliche Werte				Deutsche Staats- und Stadtanleihen			
Schatzbriefe des Reichs, Reichs 1935	99,12	99,12	99,12	100,00	100,00	100,00	100,00
Reichsschatzbrief 1937	101,12	101,12	101,12	100,00	100,00	100,00	100,00
Reichsschatzbrief 1938	101,12	101,12	101,12	100,00	100,00	100,00	100,00
Aktien j. Industrie				Transportwerte			
AGFA	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
Carlswerke	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
Banken				Industrie-Aktion			
Reichsbank	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
Deutsche Reichsbank	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
2. Verkehr				Bank-Aktion			
AGFA	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
Carlswerke	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
Schuldverschreibungen				Kolonialwerte			
AGFA	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
Carlswerke	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00

Handwritten notes and advertisements on the right margin, including 'Aufse...', 'Kauf seine...', 'In dem...', 'Die emp...', 'Am Mittwoch...', 'Die Substanz...', 'Die Substanz...', 'Die Substanz...'.